



Bettina Hagedorn

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ (030) 227 – 73 832

📠 (030) 227 – 76 920

✉ bettina.hagedorn@bundestag.de

Pressemitteilung

30.05.2022

Hagedorn: „Verkehrsminister Wissing legt sich fest: Zuständigkeit und Kostenverantwortung für die Wikingeck-Sanierung für Privateigentümer liegt allein beim Land!

(In der Anlage finden Sie das Schreiben von Verkehrsminister Wissing sowie zwei Fotos zur freien Verfügung)

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Bettina Hagedorn aus Ostholstein, die seit über 20 Jahren dem Haushaltsausschuss des Bundestages angehört und im November 2021 als dessen stellv. Ausschussvorsitzende gewählt wurde, hat aufgrund Ihrer Nachfrage im Haushaltsausschuss am 19. Mai zur Finanzierung der dringend erforderlichen Sanierung des Wikingecks an der Schlei und aufgrund von Zusagen des damaligen CDU-Staatssekretärs Enak Ferlemann vom Oktober 2020 zur angeblichen Kostenübernahme durch den Bund heute die schriftliche Bestätigung von Bundesverkehrsminister Volker Wissing erhalten, **dass „die Zuständigkeit und die Kostenverantwortung bei den zuständigen Landesbehörden liege“** (Originaldokument im Anhang).

Bettina Hagedorn kommentiert den Vorgang:

„Die pressewirksame Zusage vom Oktober 2020 des damaligen parlamentarischen CDU-Staatssekretärs im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur Enak Ferlemann mit dem festen Versprechen an die Schlei-Region, dass das Bundesverkehrsministerium nicht nur für die Sanierung der kontaminierten Fläche von über 40 Prozent als Grundeigentümer haften werden, wozu der Bund ohnehin verpflichtet ist, sondern auch die Kostenverantwortung für die Privatflächen

übernehmen wolle, ist heute ‚zerplatzt wie eine Seifenblase‘. Am 19. Mai hatte ich FDP-Bundesminister Volker Wissing im Haushaltsausschuss persönlich ausgiebig zur fehlenden Finanzierung des Wikingecks im Verkehrsetat befragt und seine verblüffende Antwort erhalten, dass der Verkehrsminister keinerlei Zuständigkeit als Rechtsgrundlage für die Finanzierung habe. Angesichts der Brisanz dieser Antwort für Schleswig-Holstein und die Schlei-Region hatte ich damals eine schriftliche Antwort angefordert, die seit heute schwarz auf weiß vorliegt: ‚Die Zuständigkeit und damit auch die Kostenverantwortung liegen allerdings bei den zuständigen Landesbehörden‘ heißt es dort wörtlich - also allein beim Land Schleswig-Holstein. Ich bin sehr gespannt, wie die Landesregierung in Schleswig-Holstein mit dieser Nachricht umgehen wird. Logisch wäre es, wenn die millionenschwere Sanierung des Wikingecks auf privaten Flächen jetzt im Koalitionsvertrag von CDU und Grünen abgesichert würde, denn klar ist: die skandalöse Umweltverschmutzung an der Schlei darf auf keinen Fall weiter ‚auf die lange Bank geschoben‘ werden. Es ist mir ohnehin ein Rätsel, wieso CDU-Ministerpräsident Daniel Günther von Oktober 2020 bis November 2021 ein ganzen Jahr lang nicht in der Lage war, mit seinem Parteifreund Enak Ferlemann diese für die Region so wichtige Zusage aus Berlin rechtsverbindlich abzusi- chern. Jetzt ist das ‚Kind allerdings in den Brunnen gefallen‘ und Monika Heinold wird als Finanzministerin in Schleswig Holstein eigenverantwortlich die Altlas- ten-Sanierung an der Schlei stemmen müssen. Leid tut es mir vor allem für die kommunalpolitischen Akteure in der Schlei-Region, die sich 1 ½ Jahre auf eine ebenso leichtfertige wie unausgeorene Aussage des CDU-Staatssekretärs Fer- lemann verlassen haben ... und jetzt verlassen sind. Ich hoffe sehr, dass die Verantwortlichen in Schleswig-Holstein mitten in ihren Koalitionsverhandlungen jetzt diese unverantwortliche ‚Hängepartie‘ zu Lasten der Umwelt konsequent beenden und endlich ‚Nägel mit Köpfen‘ machen.“